

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend

Ausgabenpreis: Die häufigere Kopiersache 20, Beklebensache 30 Pf.
Ausgabenname: in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Belegkarte 10 bis 100 Pfennig monatlich. Für Besteller und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unsere Hände sein.
Vertrieb: wöchentlich 3 mal, am Donnerstag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.



Belegkarte: durch unsere Geschäftsstelle 1,00 RM.
von untern unten ins Haus gebracht 1,75 RM und durch den Briefträger 1,74 RM.

Belegkarte: und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Belegkarte 10, auch von untern unten und allen Postämtern angenommen.

Antikliches Verkündigungsblatt zur Stadt Teuchern.

Nr. 47.

Sonnabend, den 19. April 1919.

58. Jahrgang.

Die Woche vor dem Fest.

Auch die Karwoche hat noch unter dem Anfließen der Gewehre und dem Harnen der Schießmaschinen geendet, der Bürgerkrieg, der durch wahnwitzige Ideen entzündet worden ist, tritt in den Straßen deutscher Städte, besonders in München, wieder zu Tage. Die Ausstände hatten sich verringert, aber verschlimmert waren auch sie nicht, und vor allem machten sich die Folgen des durch die Streiks hervorgerufenen Kohlenmangels in neuer Beifriedung der Bäume angelegter der Feiertage und der Durchfahrt der politischen Soldaten durch Deutschland doppelt unheimlich bemerkbar. Alle Ermahnungen von Seiten der Reichsregierung haben noch keine wirkliche Besserung unserer inneren Verhältnisse herbeiführen können, und die auf kommunizistische Begehren zurückzuführende scheußliche Ermordung des süddeutschen Kriegsministers in Dresden zeigt, welchen hohen Grad die Brutalität bei uns erreicht hat. Die Energie beim Abwerfen der immer von neuem auftretenden Fackeln, so lässlich sie sie genügt nicht, um solche Bestialitäten zu verhindern, die unter Namen vor der ganzen Welt herlaufen, müssen zehrende Maßnahmen getroffen werden. Die Aufrechterhaltung von stärkeren Garnisonen an unruhigen Plätzen kommt uns nicht zu teuer, als der Schanden ist, der uns aus der unangenehmsten Entwertung der deutschen Reichsmacht erwächst.

Für den Frieden, den wir zu Ehren noch nicht erhalten konnten, sollen nach den Feiertagen die Verhandlungen in Versailles mit den deutschen Delegierten unter Führung des Reichsministers des Auswärtigen Grafen Brockdorff-Rantzau beginnen. Die Gegner wollen uns die ungeheuerlichen Bedingungen diktieren, und wir werden nachgeben, was es gelingen, einige Mitteilungen herbeizuführen, aber noch nicht möglich werden annehmen müssen, wird immer noch so hart bieten, daß wohl vielen tauglichen Leuten die Lust am Springen einnehmen vergällt werden wird. Denn die neuen Kriegskosten werden höher drücken, wie die ersten Stiefel. Und daran wird auch der neue Reichsfinanzminister Hermann Brüning nicht sparen, der den wegen Meinungsverschiedenheiten über das notwendige große Sparen zurückgetretenen Steuerminister Schiffer ersetzt hat. Und Spararbeit ist nicht weniger nötig als Steuern.

Mit der Verteilung der fremden Lebensmittel ist in Großstädten und Industriezentren begonnen. Ob es effizient, gerecht und preiswürdig sein werden, ist freilich noch zu bezweifeln, es wird auch hierbei nicht ohne Enttäuschung abgehen. Reichsernährungsminister Schmidt hat allerdings in Weimar mit voller Deutlichkeit gesagt, an den hohen Preisen sind wir selbst schuld, das heißt, die Erfindungen, welche die Produktion von Lebensmitteln verhindern, sind gegen den Kurs der Welt immer weiter herabdrückt. Es ist sehr bedauerlich, daß vor einem Friedensfest, wie unsern es ist, so etwas ausgeprochen werden muß, aber Wahrheit ist uns ebenfalls notwendig. H. O.

Deutscher Wirtschaftskongress.

Die Kammer der Arbeit und das Reichsthem.

Mittwoch nachmittag trat der deutsche Wirtschaftskongress in Berlin zu einer Aussprache über das Thema „Die Kammer der Arbeit (Wirtschaftsparlament) und das Reichsthem“ zusammen. Der Vorsitzende, Generaldirektor Bräunlich, führte aus: Der Ausdruck eines Wirtschaftsverbandes ist unmissbar bevor. Unsere Produktion ruhe vollständig, und das deutsche Volk gehe einer großen Hungersnot entgegen, wenn nicht rechtzeitige Friedensschlüsse eintreffen. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gegensätze müssen beseitigt werden. Der noch vor einiger Zeit ungeheuerliche Gedanke des Reichsthem muß vernünftig bearbeitet werden.

Dr. Weiler, Sachverständiger im Reichswirtschaftsministerium, legte den Standpunkt seiner Behörde in der Frage des Wirtschaftsparlaments dar. Dem, die dem Reichspräsidenten einen direkten Einfluß auf die gesamte Gesetzgebung ausüben wollen, wurde gesagt werden, daß die Frage nur durch die politischen Parteien in der Nationalversammlung gelöst werden könne. Max Cohen-Meiss, der Vorsitzende des Zentralrates, dankte dem Wirtschaftsparlament dafür, daß er eine Plattform geschaffen habe, auf der die verschiedenen Meinungen gegeneinander abgemessen werden können. Man müsse den Weg zu folgenlassen entschließen haben, sonst gehe die deutsche Wirtschaft in rasendem Tempo dem Ende entgegen. Die Regierung habe die Dinge nicht rechtzeitig erkannt und sich während der Bearbeitung des Reichsthem in der Weise verhalten, die die Wirtschaft in der Krise überlebt. Es müsse dringend gewarnt werden, den Handwerker vom ländlichen Unternehmer zu trennen. Die Trennung sei praktisch unmöglich, und die Interessen laufen zu sehr zusammen. Die Sanftmütigkeit erwarre daher, daß die Lebensnotwendigkeiten des ländlichen Landes im Gesetz über das Wirtschaftsparlament verankert werden.

Dr. Bölle, Direktor des Deutschen Techniker-Verbandes, verteidigte die Meinung der Angehörigen. Er wies darauf hin, daß der Kampf um das Wirtschaftsparlament unabänderlich tot. Selbstverständlich müsse die Unabhängigkeit und die Entscheidungsfreiheit der Geschäftsleitung in allen anderen Fragen unangeführt bleiben. Das Verhältnis zwischen Betriebsrat und Organisation sei so zu regeln, daß die letztere Kollektivverträge abschließen, deren Überwachung den ersten obliege. Man lege auf die Mitarbeiter der Unternehmer großen Wert, daher würde es eine Vereinbarung sein

weigerung bedeuten, wenn in den Betriebsräten Angehörige und Unternehmer vereinigt würden.

Hilgard Müller, Mitglied des Volksrats der A. u. S. Mitte von Groß-Berlin: Die Produktion müsse von Arbeitern und Angestellten überlassen werden. Arbeiter seien in den Arbeiterräten schon jetzt hart vertreten, und das neue Wahlrecht für die Arbeiterkammer habe eine noch viel stärkere Beteiligung dieser Berufsstände vor. Den Arbeitnehmern bringe die Arbeit nach wie vor das größte Mißtrauen entgegen. Der Entwurf der Regierung zeige keine Spur des neuen Geistes. In die Kammer der Arbeit müßten alle schaffenden Kräfte des Volkes hinein, nur nicht die Unterebene (händlerischer Widerspruch), so dann nur, wenn sie sich als schaffende Kräfte in den Reihen des Sozialismus stellen, also in die Reihen der Arbeiter gehen. Der Redner verdrängte im Hinblick auf die bevorstehende Zeit auf eine weitere Erörterung der Wünsche der Innungsämter.

Professor Härtel, Generalsekretär des Verbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, erklärte, daß seine Organisation auf dem Boden der wirtschaftlichen Selbstverwaltung und des Nationalismus liege. Über dem Wirtschaftsparlament müsse das politische Leben stehen. Als letzter Redner kam Direktor Ratzmann zu Wort: Er trenne seine Arbeiter, sondern nur Mitarbeiter und es sei unannehmlich, daß der Unternehmer jetzt von seinen Mitarbeitern mit einem Fußtritt in die Erde geschleudert werde. Das Reichsthem sei nicht zu verwerfen, wohl aber der Militarismus, der sich in ihm breit mache. Aus den territorialen Forderungen müsse man zu einem sachlichen Aufbau kommen, der sich zunächst an die großen Grundlagen des Wirtschaftslebens, nämlich Arbeiter und Unternehmer müsse das alte Verhältnis von Treu und Glauben wieder hergestellt werden.

Zur Friedensfrage.

Die Einladung nach Versailles.

Der Vorsitzende der internationalen Waffenstillstandskommission in Spa, General Aubant, hat am Mittwoch dem Vorsitzenden der deutschen Kommission, General von Hammerstein, den Text der vom Präsidium Wilson gefällten Ansprache im Biererrat über die Einladung der deutschen Delegierten zum 25. April nach Versailles amtlich überreicht. Damit ist die Einladung an die deutschen Vertreter zu den Vorverhandlungen erfolgt.

Die deutschen Delegierten werden am 22. oder 23. April von Berlin voraussichtlich über Mainz, Trier, nach Paris reisen, während die Mitglieder der deutschen Friedensabordnung, die aus der Waffenstillstandskommission angehören, sich direkt von Spa aus nach Paris begeben werden.

Graf Brockdorff-Rantzau gegen den Saarraum.

Der Reichsminister des Auswärtigen Graf Brockdorff-Rantzau gab in einer Interaktion mit dem Berliner Vertreter der „Völkischen Zeitung“, Herr H. Weiland, auf die Frage, welche Stellung die deutsche Regierung gegenüber der offenbar halbamtlichen Erklärung der Haas-Agentur über die Regelung der Saarfrage einnehme, eine Erklärung ab, in der er im wesentlichen bestimmte:

„Ich kann nicht glauben, daß der Bericht mehr als ein Versuchsalton sei, selbstbestimmte, welche Zustimmung die öffentliche Meinung in Deutschland entgegenbringen könne. Der angebliche Inhalt der Bestimmungen steht zu sehr im Widerspruch mit den Grundprinzipien, die Präsident Wilson als Unterlagen für den Friedensschluß verkündet hat, und die von beiden Kriegsparteien im November 1918 angenommen worden sind.“

Auf die weitere Frage: „Nimmt die deutsche Regierung wegen des linken Scheiterns die gleiche Stellung ein wie wegen der Saar?“ lautete die Antwort: „Eine Entwaflung Deutschlands an seiner Abgrenzung würde untragbar sein, wenn sie auf Gegenleistung beruhte. Untragbar ist aber ein einseitiges Handeln und es liegt uns nahe, daß Frankreich hinsichtlich der deutschen Nationalversammlung den Friedensvertrag ablehnen würde. Selbstverständlich hat Frankreich einen Anspruch auf Schadenersatz für seine seitlichen Vergewaltigung; Deutschland ist bereit und fähig, diesen Schadenersatz zu leisten. Wenn anstelle von Nachpolitiken erprobene Geschäftsleute diese Frage zu regeln hätten, so würden sie einen Weg finden, der Frankreich höherer zu einem hinreichenden Erfolg verhelfen und dabei zu einer Unabhängigkeit statt zu einer dauernden Entfremdung der beiden Völker führen würde. Wir sind bereit, den französischen Friedensbedingten entsprechende Vor-

schritte zu machen, und wir hoffen, daß sich bei den Verhandlungen das Mißtrauen zerschütten läßt, das der Entente bisher ihre unzulänglichen und vom Standpunkt einer höheren politischen Werte aus, nicht zu rechtfertigenden Zumutungen entgegengebracht hat.“

Die Entschaffung über Schleswig.

Wie der diplomatische Situationsbericht der französischen offiziellen Telegrafienagentur belagt, wurde im Biererrat das Schleswig Problem entsprechend den Wünschen des Territorialausschusses eingehend geregelt. Die Bewohner Schleswigs werden über ihre künftige Zugehörigkeit entschieden. Die Volksabstimmung wird in Nordschleswig im ganzen, in Mittelschleswig nach Gemeinden stattfinden, um eine unparteiische Befragung zu ermöglichen.

Nach weiteren Pariser Berichten sollen die betreffenden Gebiete Schleswigs während der Abklärung von Truppen der Alliierten besetzt und von einer internationalen Kommission verhandelt werden. Die Vorbereitungen der Abklärung seien von den Alliierten in Liebeserfreuung mit den Vertretern der Einwohnerlichkeit dieser Gebiete festgesetzt worden.

Die Entschaffung über Schleswig.

Wie der diplomatische Situationsbericht der französischen offiziellen Telegrafienagentur belagt, wurde im Biererrat das Schleswig Problem entsprechend den Wünschen des Territorialausschusses eingehend geregelt. Die Bewohner Schleswigs werden über ihre künftige Zugehörigkeit entschieden. Die Volksabstimmung wird in Nordschleswig im ganzen, in Mittelschleswig nach Gemeinden stattfinden, um eine unparteiische Befragung zu ermöglichen.

Nach weiteren Pariser Berichten sollen die betreffenden Gebiete Schleswigs während der Abklärung von Truppen der Alliierten besetzt und von einer internationalen Kommission verhandelt werden. Die Vorbereitungen der Abklärung seien von den Alliierten in Liebeserfreuung mit den Vertretern der Einwohnerlichkeit dieser Gebiete festgesetzt worden.

Der Aufmarsch gegen München.

Die „Bayrische Volkszeitung“ in Nürnberg meldet, daß gegen München alle verfügbaren Truppen, vor allem aus Ingolstadt und Regensburg, und auch die nordbayrischen Garnisonen in Bewegung gesetzt würden. Der Angriff soll von Deggendorf aus beginnen, dort sollen den Regierungstruppen 500 Soldaten und 10.000 bewaffnete Arbeiter gegenübergestellt werden. Dieser bereits prunklich zusammengeführten Truppen nach Bamberg bereit. Die Völkische Garde aus Altdorf bei Schweigen der Straße Ingolstadt-München aufgestellt; die Münchener Anarchistenführer Mühsam, Sandauer, Waber sind in das Stadtbauamt nach Bamberg gebracht worden, ebenso Sauber und Hagemeyer.

Nach einem Telegramm aus Bamberg hat der Kommandant der Freikorps Epp vom Lager Oberbrunn bei Gosh gegen München bereits begonnen. Die zwei bereitgestellten Regierungstruppen sind sämtlich mit modernen Kampfmitteln versehen; sie stehen unter dem Kommando eines bayerischen Generals.

Einem weiteren Telegramm aus Bamberg zufolge haben die Spartakisten um München vom Hauptbahnhof aus einen Ring gezogen, der sich bis zu den Salinger Wohnanlagen und zum Hauptbahnhof hinzieht; sie haben die Kaserne, die öffentlichen Gebäude und das Kadetten Kloster armiert und auf den Frauenfirmen einen Beobachterposten mit drahtloser Telefontastation eingerichtet.

Die Regierungstruppen saßen am Mittwoch mit 1200 Mann Verpflegung an der Wühlstraße gegen Kasingen. Die beide Parteien haben aber Führung miteinander. Artillerie und Minenwerfer traten nur selten in Aktion. Die Besetzung des Münchener Provinzialrats zur Arbeiterwehr und die Entwaflung der Bürgerwehr wird schieberhaft betrieben.

Reichsliste.

Der Vorkomitee des Landtages hat in Bamberg beschließen, die Regierung zu ermächtigen, alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um die Verhinderung der Staatsanwaltschaft anzuwenden und herauszugeben, woher auch immer es möglich ist.

Ein Attentat nach Polen.

Unter der erlassenen Behauptung, daß die Polen diesseits der Demarkationslinie schlecht behandelt würden, nicht Polnisch sprechen dürfen usw., hat der Oberste Polnische Volksrat in Warschau, wie er der preussischen Regierung telegraphisch mitgeteilt hat, folgende den tschechischen Bürger interniert: Die Notare Gajda und Brückner, den Kommerzienrat Stiller, den Justizrat Zehner, den Regierungsrat Schumann, den Bürgermeister Heyling, den Vizepräsidenten der Anklagenkommission Roth, den Fabrikbesitzer Kautz, den Großhändler Franz Jeske, den Leutnant Robert Klein, den Leutnant Hans Müller, den Hauptmann Gamble, den Kriegsgerichtsrat Harry Jordan, den Vizepräsidenten des Hauptmann Stein, den Provinzialverwaltungsrat Güter Kalkowski und den Direktor Mihalowski. Weiter Verhaftungen und Internierungen wurden in Aussicht gestellt.

Die preussische Regierung hat in einem Rundschreiben nach Polen die Anschuldigungen als jeder Grundlage entbehrend zurückgewiesen und betont, daß sie trotz Abwands der Verhandlungen in Polen auch heute noch bereit sei, bei voller Gegenleistung über Internierten- und Gefangenensachen zu verhandeln, sie verlange aber bis zum 17. April abends 7 Uhr befriedigende Erklärungen über Freilassung der im polnischen Besatz befindlichen deutschen Geiseln, andernfalls würde sie scharfe Gegenmaßnahmen ergreifen.

Die Lage im Reich.

Frankfurt von Regierungstruppen besetzt. Das Landesregiment des Donnerstags vormittag von Hemsbach anrückend, unter dem Kommando der Regierung in Braunauweide einmarschiert. Es kam bisher zu keinen Zusammenstößen, die Stadt ist völlig ruhig. Der Generalliegeant ist beendet.

Eichhorn verhaftet.

Der frühere Berliner Polizeipräsident Eichhorn ist aus Danzig geflüchtet, ebenso der Reichsrent Director Dieckmann. Die Danziger Regierung hat eine Anzahl von angehenden Bürgern als Geiseln festgesetzt. General Maerker hat erklären lassen, daß die Festnahme von Geiseln nach dem Kriegsgesetz abgehandelt würde.

Nach einem Telegramm des „Berl. Tageblatt“ ist Eichhorn in einem Flugzeug entflohen, das bei Solzminde zu einer Notlandung gezwungen wurde. Eichhorn wurde darauf verhaftet.

Zur Lage in Danzig.

Den für Mittwoch geplanten Arbeitslosenemonstrationen auf dem Rathausmarkt wurde dadurch die Spitze abgebrochen, daß am Nachmittag vom Rathausballon herab die Bewilligung der hauptsächlichsten Forderungen verkündet wurde. Nach dieser Bewilligung erhalten von jetzt ab verheiratete Arbeitslose täglich eine Unterstützung von 15,50 Mark, auch die übrigen Sätze sind entsprechend erhöht. Es fand ein großes Aufgebot von Sicherheitsmännern in Bereitschaft, besonders das Rathaus war stark besetzt. Dies veranlaßte gleich zu Beginn der Bürgerchaftssitzung eine heftige Auseinandersetzung. Der Kommunist Bergmann verlangte die Entfernung der Sicherheitsmänner aus dem Rathaus, womit er natürlich kein Glück hatte. Darauf verließen die Linksradikalen demonstrativ den Sitzungssaal. Auf Antrag des Senats wurden weitere 15 Millionen Mark für Arbeitslosenunterstützungen bewilligt.

Wegen Beschlagnahme von Danzig und Westpreußen durch uns selbst. Die Gewährung weitgehender Zugeständnisse für den polnischen Unterricht im Reichsgebiet behauptet für das alte neue Gesetze herauf.

nachdem jedoch die Forderung polnischer Truppen in Danzig mühsam abgewendet werden ist. Die preussische Regierung kündigt sich jetzt, wenn sie glaubt, daß sie für ihr Entgegenkommen irgendwelchen Dank von polnischer Seite ernten wird. Diese Forderung der polnischen Sprache wird das beste Mittel zur Verstärkung der polnischen Agitation und des Bolschewismus sein, und wir können nach dem Zustand der polnischen Bevölkerung die Völkervermehrung im Reichsgebiet sicher damit rechnen, daß dann auch hier das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ geltend gemacht wird, aber natürlich gegen Deutschland. Die alte preussische und deutsche Regierung haben von ihrer Polenpolitik zu viel Unlamb und so viel Rutenstiche geerntet, daß wir uns wahrscheinlich heute hüten sollten, nochmals in die Fehler des vollständig unangenehmen Optimismus zu fallen.

Der Einbruch der Osterhoffahrt. Der Einbruch der Osterhoffahrt des Reichspräsidenten Ebert ist überall ein guter gewesen, und seine Wählung der Selbstzerfleischung ein Ende zu machen, wird in den Feiern noch gehörig nachwirken. Die deutsche Familie ist es doch, welche den größten Schaden von den heutigen Zuständen hat. Aber die Worte aller können und sollen wenig für die Dauer Ruhe und Ordnung sichern, wie uns die Einsetzung des 1. Mai als Nationalfeiertag den Weltfrieden und die Dauer und Gewährleistung wird. Taten müssen den Worten den Inhalt geben, vor welchen im Innern die Unruhefester verschwinden und unter denen die Friedensfreunde in der ganzen Welt ihr Haupt erheben können. Heute ist es dem deutschen Volke an innerer und äußerer Verfestigung, und die muß wieder gewonnen werden. Ohne Heiligt keine Politik des Erfolges, den wir für unsere Wiederaufrichtung in der Zukunft gebrauchen.

Für die Niederlegung der Nationalversammlung nach Berlin. Der Berliner Magistrat hat an den Reichspräsidenten die Bitte, alle in Danzig befindliche Hindernisse des Laens der Nationalversammlung

in Berlin taufällig und durch Gegenfröndung unserteigt bestehen zu lassen. Somit würde eintritt, was der Magistrat in seinen Beschlüssen vom Januar als Gegenstand seiner besonderen Befürsichtigung bezeichnet hat. Die Verlegung, die zunächst als vorübergehende politische Ermüdungen gegründet war, von Monat zu Monat unter anderen Gründen aufrecht erhalten wird, bis schließlich das Ergebnis eintritt, das man alles vermeiden zu wollen erklärte, die Nahrung der Reichsfinanzhaushalt.

Die Reichsfinanzhaushalt. Die geteilte vorgeschriebene Aufstellung eines Vermögenverzeichnisses auf den 31. Dezember 1918 ist mitzuteilen, daß der Termin für die Fertigstellung der Aufrechnung auf den 31. Mai d. J. verschoben worden ist. Die Steuererklärung ist jedoch einwirken noch nicht abzugeben, sondern verbleibt in den Händen des Steuerzahlers, bis diese später noch zu verfassende amtliche Aufzählung seitens der betreffenden Behörde zur Abgabe der Erklärung erfolgt.

Ein sozialdemokratischer Landrat. Zum kommissarischen Landrat des Kreises Rügitz ist der Vorige des dortigen Arbeiterrats, Kaufmann Koppenbrink, zum Minister des Innern ernannt worden. Der Kreis Rügitz ist der erste preussische Landkreis, der als Landrat einen Arbeiterparteiangehörigen erhalten hat. Der neue Landrat ist Mitglied des Reichstages und war früher mehrere Jahre hindurch Besitzer des Rügitzer Kurhauses.

Die Vorbedingung. Auf eine Anfrage des Auswärtigen Amtes, ob sie bereit seien, eine englische Sachverständigenkommission in die Lage der Hoffstoffherstellung und der Arbeitslosenfrage zu geschicken, haben verschiedene Kreise der Metallindustrie des niederrheinisch-westfälischen Industriebezirks erklärt, daß sie hierzu bereit seien, sobald die Bedingung aufgegeben würde.

Weitere in der Beilage.

Entlassungs- und Marschgeld.

Um die Entlassenen, denen die Entlassungsgebühren bisher gar nicht oder nur teilweise gezahlt sind, beschleunigt abzufinden, wird bestimmt:

Alle rüchändigen Forderungen sind ohne Rücksicht auf die Form der Entlassung — ordnungsmäßig oder befristet — von dem zuständigen Bezirkskommando zu beschließen. Die Forderungsberechtigten werden hiermit angewiesen, ihre Ansprüche schriftlich bei dem Bezirkskommando unter Beifügung der Ausweisepapiere geltend zu machen.

a) Einwandfreie Forderungen, sind sogleich von dem Bezirkskommando auszusahlen. Es wird hierbei nachgegeben, daß, falls nach dem Entlassungsschein die ordnungsmäßig vom Feldtruppenteil Entlassenen die Zahlung noch nicht erfolgt ist, von dem Vorhandensein der besonderen Zahlungsanweisung des Feldtruppenteils an das Bezirkskommando abgesehen werden kann.

b) Nicht einwandfreie Forderungen, deren Verrechnung zu Vermeidung von Doppelzahlungen noch der Feststellung bedürfen, sind von dem Bezirkskommando beschleunigt weiter zu verfolgen. Dem Antragsteller ist Zwischenbescheid unter kurzer Darlegung des Grundes zu erteilen.

Es muß von jeder Dienststelle, an die sich die Bezirkskommandos zwecks Aufklärung wenden, erwartet werden, daß sie die Anfragen unverzüglich erledigt.

Bemerkte wird, daß nur die am 9. 11. 18 und später aus dem Heere ausscheidenden Unteroffiziere und Mannschaften Anspruch auf die Entlassungsgebühren haben. Magdeburg, den 11. April 1919.

Von Seiten des Generalkommandos.
Der Chef des Generalstabes,
Bäcker, Oberstleutnant.

Das Vaterland ruft!

Zur Aufstellung von Freiwilligen-Verbänden können sich alle fähigen, moralisch einwandfreien Männer als

Freiwillige

melden. In Betracht kommen militärisch Ausgebildete des Jahrgangs 1900 und ältere, sowie unangebildete des Jahrgangs 90 und älter.

Zu Korpsbereich werden Freiwilligen-Verbände mit Vertrauensleuten bei

jedem Truppenteil

angestellt. Alle Waffengattungen (Infanterie, M.-G.-Schützen, Kavallerie, Artillerie, Pioniere, Minenwerfer, Nachrichtentruppen, Flieger, Kraftfahrer, Eisenbahner, Sanitäts-Personal und Train) werden benötigt.

Wünsche auf Entstellung bei einem bestimmten Truppenteil mit Kameraden und Freunden zusammen werden möglichst berücksichtigt.

Die Freiwilligen-Verbände sollen den Stamm für die zu gründende

Reichswehr

bilden und die Ueberlieferung der alten, ruhmreichen Regimenter u. s. w. fortführen. Wer also treu an seinem alten Truppenteil hängt, mit dem er gekämpft und in dessen Reichland geliebt hat, der melde sich in erster Linie.

Vorkünftig gelten dieselben Bedingungen wie bei den übrigen Freiwilligen-Verbänden, später die Bestimmungen für die Reichswehr.

Alle Truppenteile, Garnison- oder Bezirkskommandos geben weitere Auskunft.

Militärpapiere sind mitzubringen.

Der kommandierende General d. IV. A. R.
v. Reitt.

Bekanntmachung.

In den nächsten Tagen werden die Transporte der in Frankreich stehenden polnischen Truppen durch deutsches Gebiet nach Polen beginnen und nachdem der ursprüngliche Plan einer Landung in Danzig aufgegeben worden ist, teilweise durch den Regierungsbezirk Merseburg geleitet werden. Von deutscher Seite ist die vollkommene Sicherheit der Transportwege gewährleistet worden. Sollten sich auf diesen Beförderungswegen Schwierigkeiten ergeben, so ist von dem Höchstkommandierenden der aktiven Armeen ausdrücklich vorbehalten, auf die Landung in Danzig zurückzukommen.

Die Behörden haben Anweisung, die reibungslose Durchführung der Transporte sicherzustellen. Zu diesem Zwecke wird insbesondere eine zeitweise Absperrung und Benachdigung der Bahnhöfe notwendig werden.

Ich erwarte von dem gesunden Sinne der Bevölkerung, daß sie im vaterländischen Interesse alle Vermeidung hilft, was eine Störung der Transporte herbeiführen könnte. Demonstrationen, sei es für, sei es gegen die polnischen Truppen müssen unbedingt unterbleiben. Merseburg, den 13. April 1919.

Der Regierungspräsident.
von Gersdorff.

Bekanntmachung

Kreiswahl für die Landgemeinden.

Am 100. Stimmbezirk — Oberverden — ist als Wahllokal nicht der königliche Gutsbesitzer, sondern der von Bohne bestimmt. Weisenfels, den 16. April 1919.

Der Kreisaußschuß
Bartel, Landrat.

Kirchliche Nachrichten.

am 1. Osterfesttag (20. 4. 19).
Stolte für Kaiser Friedrich-Stichnhaus in Wittenberg.

Teuchern: Vorm. 10 Uhr Predigt, danach Beichte u. hl. Abendmahl. Fr. Weigmann.
N. 1/2, Uhr Fr. Weigmann.

U. 9 Uhr Oberpr. Weigmann.
Schkehan: Vorm. 11 Uhr Oberpr. Weigmann.

Am 2. Osterfesttag (21. 4. 19).
Stolte für das Gärtnershaus in Gärtnersberg.

Teuchern: Vorm. 10 Uhr Predigt, danach Beichte u. hl. Abendmahl. Oberpr. Weigmann.
Schkehan: Vorm. 11 Uhr Oberpr. Weigmann.

Schkehan: Vorm. 8 Uhr Fr. Weigmann.

Unterwerfen: Vorm. 1/2 10 Uhr Beichte u. hl. Abendmahl. 10 Uhr Predigt, Fr. Weigmann.

Bei den beiden Pferden des Damens-Kühns Bauer in Trebnitz b./T. und bei den Pferden des Gutsbesizers Kühns in Sedlau ist Munde amiseriärlich festgelegt worden. Weisenfels, den 15. April 1919.

Der Landrat. F. B. Behler, Kreissekretär.

Lebensmittel.

Zum Verkauf kommen:

- 1. Am 19. April 1919 um nachmittags 3 Uhr ab in den Butterverkaufsstellen auf die Feinmarkte R. 3 40 Gramm Butter zum Preise von 32 Pf.
- 2. Am 19. April 1919 in dem Schulhause an der Feigstrasse auf die Fleischmarkte R. 3 an die Inhaber der Verkaufsnummern 881 bis 1060 1/2 Pfund Wurst.
- 3. Vom 25.—28. April 1919 auf die rote Lebensmittelzusagekarte Nr. 71 200 Gramm Teigwaren am Preise von 27 Pf. und auf die rote Lebensmittelkarte Nr. 72 250 Gramm Graupen zum Preise von 22 Pf.

Teuchern den 17. April 1919.

Der Magistrat. Zimmermann.

Stadtverordneten - Sitzung

Die Mitglieder der Stadtverordneteversammlung laden ich zu einer Sitzung auf Freitag, den 2. Mai ds. Js. nachm. 5 Uhr im Stadtverordnetenversammlungssaal ergeben an.

Tagesordnung:

Wahl von 3 Ag. ordnen zu dem Kreisrat des Landkreises Weisenfels

Nach der Kreisstagsverordnung des Kreisaußschusses vom 5. April ds. Js. sind für den Bezirk der Stadt Teuchern 3 Kreisstagsabgeordnete zu wählen. Die Wahl hat durch die Stadtverordnete-Vers. ohne Beteiligung des Magistrats zu geschehen. Die Wahl erfolgt nach dem Verhältniswahlverfahren, es finden die Vorschriften der Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung und der d. z. v. erlassenen Wahlordnung, beide vom 30. November 1918 (Reichs-Ges. Blatt Seite 1345 u. 1353 ff.) sinngemäße Anwendung mit der Bestimmung, daß als Wahlkommissar und Wahlvorsteher der untergeordnete Stadtverordnetevorsitzende gilt.

Wahlvorschlüge müssen spätestens zu Beginn der Wahlversammlung beim Stadtverordnete-Vorsteher eingegangen sein. Jeder Wahlvorschlüg muß von mindestens 3 Stadtverordneten unterschrieben sein. Die Abstimmung hat geheim zu erfolgen.

Die Dauer der Wahlhandlung wird auf die Dauer des Wahllates abgeleitet. Wählbar als Abgeordneter ist jeder im Besitz des Gemeindevahlrechts befindliche Einwohner der Stadt, der mindestens seit 6 Monaten im Kreise wohnt.

Teuchern, den 18. April 1919.

Der Stadtverordnete-Vorsteher. Rümme.

Achtung!

Die vereinigten Inhaber der Barbier- und Friseurgeschäfte bringen hiermit zur gefälligen Kenntnis, dass unsere Geschäfte Sonntags nur von 7—11 Uhr geöffnet sind, und von da an jede geschäftliche Leistung auch im Damen-Salon aufhört. Am 2. Feiertage von Ostern, Pfingsten u. Weihnachten bleiben die Geschäfte ganz geschlossen.

Die Bedienungspreise sind wie folgt festgesetzt:

- Rasieren 25 Pf. ausser dem Hause 40 Pf.
- Haarschneiden 50 Pf. „ „ „ 1,00 Mk
- Haarschneiden Sonnabend u. Sonntag 1,00 Mk.
- Barischneiden engl. 20 Pf. Vollbart 40 Pf. „ „ 75 Pf
- Kartenabnehmen 12. Nr. 3 Mk.
- Abnehmen 1 mal 5 Mk. 2 mal 10 Mk. usw.

Für Damen-Salon.

Kopfwaschen 2 Mk. Frisieren 1 Mk.
Ausser dem Hause doppelte Preise.

Überschreitung der festgesetzten Preise wird strengstens bestraft

Rote und gelbe

Geldorfer Rübenkerne
Alein-Wanslebener Zuckerrüben

Esparsotte

Alle Arten Gemüse- und Blumensamen
empfehlte
R. Näther.

Fernspr. 6. Ferdinand Gresse, Teuchern. Bahnstr. 1.

Gusseiserne
email. Kessel

email. Stahlblech-
kessel

Dachpappe
(in verschiedenen Stärken)

Dachteer

Karbolineum

grosse Auswahl in:

Eisernen Herden

Leipziger Oefen

Feuertüren und

Essenschiebern

Drahtgeflecht

Fenstergewebe

Stacheldraht

Von
Emaillewaren

sind folgende Artikel in grosser
Anzahl eingetroffen:

Kochtöpfe
Schüsseln
Ringtöpfe
Kaffeekocher
Kaffeekannen
Milchkrüge
Reibeisen
Wannen, oval
Stürzenhalter
Henkeltöpfe
Eimer
Austulöffel
Teller
Durchschläge
Kaffeefaschen
S.S.S. Garnituren
Waschbecken
Trinkbecher
Kehrschaufeln
Seifennäpfe
Leuchter

empfehl:

in verz.
Blechwaren

sind vorhanden:

Eimer

Kessel

grosse Badewannen

Kinder-Badewannen

Fussbadewannen

ovale Aufwasch-
wannen

Jauchenschöpfer

Waschbretter mit

Zinkeinlagen

(In verschiedenen Preislagen)

Weissblechreib-
eisen

Kaffeeseibe

Mehlsiebe

Ferner:

Aluminium-Ge-
schirre (garant.

Rein-Aluminium
schwere Ausführung)

Waschständer

eiserne Bettstellen

Sturmlaternen

Spaten

Düngegabeln

Düngerhaken

eiserne Rechen

Holz-Rechen

Gartenhacken

Spatenstiele

Schaufelstiele

Hackenstiele

alle
Sorten **Schaufeln**

Wirtschafts-
wagen

Tafelwagen

Dezimalwagen

sowie sämtl. Gewichte

Reibemaschinen

Wandkaffeemüh-
len

Kaffeemühlen

(mit Blech- und Holzgehäuse)

Grosse Auswahl in

Solinger Stahlwaren

als:

Messer u. Gabeln

Scheren

Küchenmesser

Fleischermesser

Taschenmesser

Haarschneidemaschi-
nen

Rasierapparate

Geflügelscheren.

Pferdefleisch-Verkauf.

Sonntag, 20. April von vormittags 8 Uhr an, an die Inhaber der Verkaufsnummern 201-400. Ein Verkauf ohne Brombeeren ist nicht statt.

Reichsleiterer C. Ginniger.

Alleinverkauf!

Für geschätzte hochachtbare Gebrauchspartie
der Möbelbranche soll die Alleinverleger
für die Stadt Weissenfels reich Stadt- und Landreis
vergeben werden. — Fabrikation erfolgt durch eine der
größten Holzbearbeitungsfabriken Deutschlands.
Es wird eine Garantie von ca. Mk. 1000 ver-
langt, die aber bei Eingang der Orders wieder voll zu-
rückgezahlt wird. — Geeignete Bewerber — Verkaufs-
reis. Ausstellungsraum erwünscht, jedoch nicht Wein-
gung. — wollen gef. Angebote einreichen unter **T. A. K.
346** an Rab. Woffe, Berlin W., Tannengießerstr. 2.

Achtung.

Alle ehemaligen

Fussballspieler

welche gewillt sind, den Sport weiter zu betreiben, werden hierdurch zu einer
Besprechung am **Donnerstag, den 24. d. Mo.**
abends 8 Uhr in Schulze's Restaurant (Markt) eingeladen.

Die Einberufer.

Theater in Gröben Gasthof Ziller.

3. Donnerstag Dienstag den 22. April 1919.
Direktion Exner & Schmidt

Lustspielabend

Die weisse Maus.

Lustspiel in 3 Aufzügen.

Billets im Vorverkauf im Gasthof Ziller.

Anfang 7 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Nach dem Theater großes Tanzkränzchen.

Nachmittag 3 Uhr Kindervorstellung.

Max und Moritz.

Bubenstück in 6 Bildern.

Ergebnis ladet ein

Die Direktion.

Gebser & Co. :: Bankgeschäft

Telegramm-Adressen:
Gebserbank,
Hamburgsela,
Vorsprecher Nr. 41

Naumburg a. S.

Gr. Marienstr. 18.

Reichsbank-
 Giro-Konto
Post-Scheck-konto:
Leipzig 14400

Eröffnung von
laufenden Rechnungen,
Scheck- und Depositen-Konten.

Verzinsung der Guthaben mit
4 bis 4%
je nach Vereinbarung.

Zeitler Vieh- Versicherungs-Verein

(Gegründet 1860).
Versicherungssumme: 5.471.520 Mk
gezahlte Verluste: 3.491.583 Mk
Sicherheitskapital: 176.304,02 Mk
Der Vorstand des Vereins hat
die Verluste im I. Vierteljahr 1919
nach eingehender Prüfung wie folgt
anerkannt:

bei Pferden 78.146,— Mk.
bei Rindern 16.950,— Mk.
bei Schweinen 12.515,— Mk.

Zur Deckung dieser Verluste ist
die Einziehung eines Beitrages von
2 Mk. für Versicherungs-Mark bei
Pferden,
3 Mk. für Versicherungs-Mark bei
Rindern,
5 Mk. für Versicherungs-Mark bei
Schweinen
beschlossen. Die Mitglieder werden
zur Zahlung dieser Beiträge inner-
halb 14 Tagen veranlagt.

Die Verluste des letzten Viertel-
jahres betragen sowohl bei Pferden
als auch bei Rindern ungefähr
das 5 fache normale Loten. Diese
großen Verluste haben uns gezwungen
einen höheren Satz für die Beitrags-
leistungen festzusetzen und außerdem
zur Erzielung des Gleichgewichts das
Sicherheitskapital mit einem sehr ho-
hen Betrag heranzuziehen.

Wir hoffen, daß mit der
Besserung der landwirtschaftlichen
Verhältnisse auch die gesund-
heitlichen Zustände unter den
Viehstäden sich heben werden. Unsere
Mitglieder aber bitten wir, durch
möglichste Pflege ihrer Tiere zur
Wahrung der Schäden beizu-
tragen.

Anträge auf Neuversicherung
von Pferden, Rindern, Feln, Zie-
gen und Schweinen werden unter
den günstigsten Bedingungen von
der unterzeichneten Direktion und
den bekannten Vertreterstellen jeder-
zeit gerne entgegengenommen und hier-
zu jede gewünschte Auskunft erteilt.
Beiz. den 15. April 1919.

Zeitler Vieh-Versicherungs-Verein
Der Direktor **Wagner**.

Die Mitglieder werden zur Zah-
lung der betr. Prämie spätestens bis
incl. 31. 4. hiermit ergebenst ver-
anlagt. Nach Ablauf der Frist müs-
sen die Quittungen durch den
Boten gegen Erstattung des üblichen
Botenlohnes den betreffenden über-
sandt werden.

Bei dem zur Zeit her-
schenden Mangel an Reichs-
geld werden die Mitglieder
ersucht, bei Zahlung der Bei-
träge Kleingeld mitzubringen
Teuchern, den 15. Januar 1919
J. V.: **S. Pohl**.

Mittlere Wohnung

in besserem Hause von ruhigen Leu-
ten zu mieten gesucht, wenn möglich
sofort oder 1. Juli.
Off. u. 100 a. d. Geschäftsst. ds. Bl.

Mädchen

möglichst vom Lande, 15-16 Jahre
alt, sucht für sofort
Frau J. Boigt,
Jacobsgrube bei Trebnitz.

Ein anständiges

Mädchen

sucht sofort
Frau Helene Göhring,
Bahstr. 26.

Suche für meinen 4 Wochen alten
Knaben gute

Pflegestelle

Schortau 25.

1 Zuriichter

sofort ein

Ziegelei
Carl Herz,
Bahstr. 19.

Achtung!

Weissen Beton-, Fuß-
und Pausand (Meter 2 Mt.)
hat abzugeben

Johannes Richter,
Ziegelei Untermerschen.

Ein guterhaltener

Sportwagen

zu verkaufen.

Schützenstr. 25.

3 Clarinetten D. C. Es., 2
Jahren Brauchsteine, 1 Fahr-
rad und eine Karre zu ver-
kaufen.

Bergstr. 2.



Junge Ziege

zu verkaufen.
Bergstr. 26.

Enteneier

gibt ab Rittergut Bonan.

**Gasthof zum grünen Baum
Teuchern**

2. Osterfeiertag von nachmittags 4 Uhr
**Grosser
Oster=Ball**

Dazu ladet freundlichst ein
A. Müller.

Gasthof Runthal.
Et dem am 3. Osterfeiertag stattfindenden
Mädchen-Ball
Anfang 5 Uhr

ladet freundlichst ein
Gustav Schmidt, Gastwirt.

**Gasthof zum Löwen
: : Teuchern : :**

2. Osterfeiertag, von nachmittags 4 Uhr
Mark besetzte

Ballmusik

Flotte Musik! Neueste Tänze!
Es ladet freundlichst ein
B. Spillner.

Gasthof zum grünen Baum

Sonntag, den 20. April (1. Osterfeiertag).

**Grosser
humoristischer Theaterabend**
ausgeführt vom Arbeiter-Gesangverein.

Sinen genussreichen Abend versprechend laden ein, geehrt.
Publikum von Teuchern u. Umg. ergebenst ein
A. Müller. Arbeiter-Gesangverein.

Gasthof zur Hoffnung

2. Osterfeiertag
Ballmusik

Wozu ergebenst einladet
D. Kunkler.

Theater in Teuchern.
Gasthof zum Löwen.

1. Osterfeiertag, Sonntag, den 22. April abends 8 Uhr
Gastspiel der Bernauer Ref.-Gesellschaft. Direktion Geuer u. Schmidt
Lustspielabend! Nur einmalige Aufführung

Die weiße Maus.

oder „das unbeschriebene Blatt.“

Lustspiel in 3 Akten von Ernst Hoffmann.

Nachmittag 4 Uhr **Kindervorstellung.**
Max und Moritz Außenstück in 6 Bildern.
Ergebenst ladet ein **die Direktion.**

Futterrüben

verkauft zentnerweise
Ferd. Gresse.

Garnierte u. ungar.
**Damen- und
Kinder-Hüte**

neu eingetroffen.
Frieda Stawitzke
Steinweg 2.

Kaue
jeden Posten
ausgefärbtes
Frauenhaar
zu höchst. Preisen
Ernst Reiche
Friseur

Kaue Gasthof, Gut oder
Landhaus.
A. Rißer
Halle a/S., Lindenstr. 62.

Bestellungen

aus
Schulbücher
für Volkss- und Mittelschule
nimmt noch entgegen.

Otto Biefereuz, Buchhandlung.

Küchenschürze
per St. M. 5.80, drei St. M. 16.75

Frauenwirtschaftschürze
eleg. per St. M. 9.50, drei 27.50

Damenhauschürze
sehr elegant M. 13.—, drei 37.75

Männerschürze
per Stück 6.25, drei Stück 18.—
August Rettig, Dessau R.124
Abt. Teglowaren und Zellstoff.
Bertel. an allen Plätzen gerndt.

Meine Verlobung mit
Fräulein Hedwig Müller
erkläre ich hiermit für aufgehoben.
Robert Kühn.

Sänglingsfürsorge.

Am Mittwoch den 23. April
nachmittags 3 Uhr Beratungsstunde
im alten Schulhaus. B. reinung
von Nährmitteln. Ditten sind un-
bedingt mitzubringen.

**Kaninchenzüchterverein
für Teuchern u. Umgegend**
Sonntag nachmittags 3 Uhr
in Schiefes Restaurant

Versammlung
Rücktritts-Erklärungen der Mit-
glieder erwünscht.
Der Vorstand.

Unterrassa.

Zum
Mädchenball
am 2. Osterfeiertag
— Anfang 8 Uhr —
ladet freundlichst ein
Die Mädchen. A. Röhberg.

**Arbeiter = Turnverein
Schortau.**

Montag den 2. Osterfeiertag
von Nachm. 3 Uhr

Ball.

Es ladet freundlichst ein
Der Verein.

Achtung - -
Während der Osterfeiertage
Grosso

Karussellfahrt

auf dem Schützenplatz. Es la-
det ein. **Der Bestzer.**

Schmückung, Druck und Verlag von Otto Biefereuz Teuchern.

Otto Berthold's Restaurant

Bringe für die Feiertage meine Lokalitäten
(Billardzimmer) in empfehlende Erinnerung.

Empfehle ff. Schultheiss Bier hell u. dunkel,
Kaffee und Kuchen,
sowie Würstchen mit Kartoffelsalat.

Für Unterhaltung ist bestens gesorgt.
Es ladet ergebenst ein

Otto Berthold.

:: Zum Fiedlschlöfchen ::

1. und 2. Osterfeiertag
Kaffee, Cacao und Torte
(wie bekannt.)

Wozu ergebenst einladet **B. Ludwig.**

Lichtspiele „Weiße Wand“

Sonnend d. 19. u. Sonntag, d. 20. April

Hella Moja

Nur ein Schmetterling

Drama in 5 Akten, dazu

Harry wird Millionär
Lustspiel in 2 Akten.

Sonntag 2^{1/2} Uhr **Kindervorstellung**

Montag, d. 2. Osterfeiertag u. Dienstag, d. 22. Apr.

Mia May

Fünf Minuten zu spät!

Drama in 4 Akten.

Montag, den 2. Osterfeiertag nachm. 2^{1/2} Uhr

Kindervorstellung.

Um recht zahlreichen Besuch bittet
..... **W. HÜHN.**

Teuchern.

**Ortsgruppe für Teuchern und Umgegend des
Volksbundes zum Schutze d. Kriegs- u. Zivilgefangenen.**

Anmeldungen zur Ortsgruppe und **Spenden** nehmen ge-
gen Quittung entgegen: Der 1. Kassierer Bädermeister Hellmuth, Wis-
senlecherstr. und der Vorsitzende Lehrer Engbers, Zeigstr. 10.

Anmerkung: Die Aufgaben des Volksbundes liegen im Interesse
aller Bevölkerungskreise. Deshalb sollte sich auch niemand ausschließen und
eintreten für unsere Söhne, Männer und Brüder. Ein Deutschland ohne
Unerflichkeit des Standes und der Partei muß seine Menschheits-
pflichten erfüllen. **Der Vorsitzende.**

Protestversammlung

gegen Abtrennung des Saarbeckens
von Deutschland.

Donnerstag, den 21. April abends 8 Uhr
im Gasthof zum Löwen.

1. Vortrag mit Lichtbildern und Demonstration.
2. Sammlung von Unterschriften.

Zur Deckung der Unkosten wird ein kleiner Beitrag von 20 Pfg. erbeten.
Der Ausschuss.

Allen Freunden und Bekannten zeige ich hierdurch
im Namen aller Hinterbliebenen an, dass meine liebe
Frau

Amalie Berger geb. Mohrenz

gestern abend 7/9 Uhr nach längerem, in Erblichkeit
getragenen Leiden sanft aus dem Leben geschieden ist.
Teuchern, den 19. April 1919.

Wilhelm Berger, Obersteiger a. D.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 22. April, nach-
mittags 1/4 Uhr statt.

Zur Lage.

Aleine politische Nachrichten.

Der Entwurf eines Erbschaftsteuergesetzes, ist fertiggestellt und wird, wie das schon vor den Reichstagen des Reichsfinanzministers Schiffer geplant war, nimmend dem Staatsauschuss zugehen.

Auslands-Rundschau.

Generalsprek in Newyorker Hafen.

Die Newyorker Hafenabfertigung hat von Donnerstag ab den Generalsprek der Kaiserlichen erklärt. Dieser wird die Abfertigung des gesamten Schiffverkehrs einschließlich des transatlantischen Verkehrs zur Folge haben.

Sturz der letzten Regierung. Die „Admiralberger Hartungische Zeitung“ erfährt: Die provisorische letzte Regierung ist Mittwoch nachmittag durch Zuspätkommen der baltischen Bundeswehr, die von der Front zur Ruhe nach Ostpreußen gedrückt waren, gestürzt worden.

Der Grund des Vorgehens der baltischen Truppen liegt in den wirtschaftlichen Maßnahmen der einflussreichen Regierung, die seit dem 18. November ganz nach Guldinthein schaltete. Besonders zeichnete sie sich durch ihre deutschfeindliche Propaganda aus, so namentlich auf dem Gebiet des Finanzwesens.

Verhärterung der französischen Besatzungsmacht in Ostpreußen. Nach Meldungen, die aus dem Gebiet in die Schweiz gelangt sind, ist die französische Besatzungsmacht im Gebiet durch harte schwarze Truppen verstärkt worden.

Schwäche der schwedischen Bundesrat bezüglich die deutsche Regierung offiziell anerkennen, in der Erwägung, dass sie auf den französischen Besatzungsmacht und gleichen Wästen bevorzugen.

Faktionen. In Walland zogen am Mittwoch nachmittag nach einer großen Volksversammlung mehrere Tausend Demonstranten zum Sonntag, wo sie mit einer aufstrebenden, entzündeten Soldaten und Sturmtruppen gestellten Gegen demonstration zusammenfanden.

Holländischer Einbürgerung.

Rechtsmittel. - Jigaren und Jigaren. - Zeitfragen. Berlin, 16. April. Was das „R.“ von unterirdischer holländischer Seite hört, dürfen nach den neuen in der Verfassung der Einkünfte aus Holland jetzt auch in unser Gebiet die Einkünfte ausgestellt werden: Kartoffeln, Weizen, Frischmilch und Erdäpfel. Die Kartoffelzölle, die in Höhe von 100 Mark nicht erhöht, es handelt sich um mehrere tausend B.g.g.s. Frischmilch ist jetzt in Holland sehr billig zu haben; dieses dürfte bei uns willkommen sein.

Wilson reist nicht vor Unterzeichnung des Friedensvertrages ab.

Aus Paris wird gemeldet: In amerikanischen Kreisen wird befürchtet, dass die französischen Meldungen, Wilson werde Ende April heimkehren, nicht zutreffen. Wilson denkt nicht daran, den Friedensvertrag durch Oberst House unterzeichnen zu lassen, sondern bezieht darauf, dies selbst zu tun. Zu amerikanischen Kreisen wird allgemein angenommen, dass Deutschland eine großen Einwände gegen den Friedensvertrag erheben werde, da die deutschen Finanzverhältnisse zu verstehen gegeben hätten, dass Deutschland bereit sei, die allgemeinen Bedingungen anzunehmen, und dass sie nur bezüglich einiger Einzelheiten, so z. B. der Höhe der Entschädigungssumme und in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht Veränderungen vorschlagen würden.

Explosion eines Munitionsdépôts in Dietrichsdorf.

Nach, 17. April. Gestern vormittag erfolgte eine gewaltige Explosion auf dem Munitionsdépôt in Dietrichsdorf. Durch den Brand wurden zahlreiche Fenster und Läden zerstört in der Stadt und in den Vororten zertrümmert über 100 Personen leicht verletzt, um 10 Personen schwer verletzt. Ein Arbeiterverlehter ist tot.

Provinz und Nachbarkraaten.

Leuchtern, den 19. April.

Ostern.

Am wieder grüßt im Frühlingsochsen Die Welt der hehre Ostern. Kom stellen Zu zu fernsten Höfen Durdbreit sein Hand den Jungen Hog; Was noch in Winters Dorn gelogen In neuen Leben ist er erwacht - Und ein unendlich reicher Segen Hat offenbar sich über Nacht!

So laucht auch uns, o Osterlamm Mit deinem hellen Glanzeschein Entgehe keine Dankeswonne. In alle Herzen nun hinein - Und wo ein letzter Hauch von Sorgen Noch übrig war aus schwerer Zeit - Er flühe vor dem Ostermorgen, Und mit ihm schwinde jedes Leid!

Durch Nacht zum Licht! Wie ich erklänge Verheißungswort doch dieses Wort, Als ich der Herr erst durchgegangen Aus Wäsendacht zum Simmspaz - Wofern, so wollen wieder lauten Wir dieser Nacht noch geduldet, Sie möge jetzt im Osterfrühling Uns hüten für die Unzeit!

Die Neuwahl der Kreisräte.

Die neuen Kreisräte sind nach § 10 der Verordnung vom 18. Februar 1919 bis zum 4. Mai zu wählen. Wahlberechtigt zum Kreisrat sind 1. der Wahlverband der Städte, 2. der Wahlverband der Landgemeinden. Der Wahlverband der Städte besteht aus den nichtkreisfreien Städten und den Landgemeinden mit über 6000 Einwohnern, der Wahlverband der Landgemeinden aus den übrigen Landgemeinden und den Gutsbezirken.

Die Wahlen erfolgen in den Städten durch die Stadtversammlungen (ohne Beteiligung der Magistrat). Werden mehrere Städte in einem Wahlbezirk vereinigt, so treten die Stadt- und Landgemeinden in einer gemeinschaftlichen Wahlversammlung zusammen. Sind mindestens drei Abgeordnete zu wählen, so erfolgt die Wahl nach dem Verhältniswahlsystem. In den Landgemeinden, auf die bei der Verteilung der Abgeordneten mindestens ein Abgeordneter entfällt, erfolgt die Wahl durch die Gemeindevertretung (also inklusive des Gemeindevorstandes). Sind mindestens drei Abgeordnete zu wählen, so gelangt auch hier das Verhältniswahlsystem zur Anwendung. Für die Wahlen der übrigen auf den Wahlverband der Landgemeinden entfallenden Kreisratsabgeordneten werden die zugehörigen Landgemeinden und Gutsbezirke in Wahlbezirke vereinigt, auf die mindestens je drei Abgeordnete entfallen. Die in tiefen Wahlbezirken zu wählenden Abgeordneten sind im Wege der allgemeinen, unmittelbaren und geheimen Wahl nach 2 Grundfragen der Wahlwahlwahl zu wählen. Jeder Wähler hat eine Stimme; wählbar ist jeder im Wahlbezirk der deutschen Reichsbürger und der bürgerlichen Ehre die deutschen Männer und Frauen, die das 20. Lebensjahr vollendet haben. Zu wählen ist nach den Wählerlisten für die persönlichen Vorwahlen. Die Listen sind zu ergänzen. Werden mehrere Städte oder mehrere Landgemeinden in Wahlbezirk vereinigt, müssen die Wählerlisten mindestens von 15 zur Ausübung der Wahlberechtigten unterzeichnet werden. Die Wahlberechtigten sind spätestens am 21. Tage vor dem Wahltag beim Wahlkommissar einzureichen. Der Wahlkommissar hat spätestens vier Wochen vor dem Wahltag die Wählerlisten zu fertigen. Die Listen können jedoch durch Nachtrag der Kreisratswahl abgeändert werden. Die Vorkommnisse sind daher zu beachten. Der Kreisrat wählt für jeden Wahlbezirk und bei direkter Wahl für jeden Wahlbezirk einen Wahlvorstand aus vier Wählern und einen Schriftführer. Wahltag zum Kreisratsabgeordneten ist im Wahlverband der Städte je der im Wahlbezirk der Gemeindevorstände die bürgerliche Einwohner im Wahlverband der Landgemeinden jeder wahlberechtigter Einwohner einer Landgemeinde oder eines Gutsbezirks. Voraussetzung ist stets ein mindestens sechsmonatiger Wohnsitz im Kreis. Die Kreisratsabgeordneten werden auf sechs Jahre gewählt, alle drei Jahre findet die Hälfte der Abgeordneten ein 3. Jahreswahlperiode aus. Über die Gültigkeit der Wahlen entscheidet der Kreisrat selbst. Einspruch gegen die Richtigkeit der Wahlen kann der Wahlvorstand innerhalb zwei Wochen nach der Wahl beim Wahlvorstand erheben.

Vororgeversicherung der Städte-Genossenschaft der Provinz Sachsen.

Anfolge der durch den Krieg hervorgerufenen allgemeinen Preissteigerung entziehen die den Gebäude- und Mobilitätsversicherungen zugewandten Gelder vielfach nicht mehr den Verhältnissen. Soweit dies der Fall ist, liegt eine Unterzahlung vor, welche zur Folge hat, dass der Versicherungsnehmer bei einem Verände einen Teil des Schadens selbst zu tragen hat. Um die Sozialversicherungsnehmer für die Dauer der jetzigen außerordentlichen Preissteigerung die Versicherungsummen für Gebäude wie für bewegliche Sachen im Wege einer sogenannten Vororgeversicherung nach folgenden Grundregeln erfüllt werden:

- 1. Die Erhöhung erfolgt in einem bestimmten vom Versicherungsnehmer zu beantragender Höhe vom Hundert der bisherigen Versicherungssumme und ist nach der Lage des Einzelalles zu bemessen. Im Allgemeinen wird die Versicherungssumme um mindestens 50-75 vom Hundert, bei Bedarf aber wird sie um mehr, bis zu 100%, und höher hinaufzusetzen sein. Die sonst bei Gebäudeversicherungen vorzuhaltende Abschätzung findet nicht statt.
- 2. Der Beitrag für die Vororgeversicherung wird nach dem Satz der Hauptversicherung berechnet.

3. Die Vororgeversicherung kann jederzeit herabgesetzt oder ganz wieder aufgehoben werden.

Anträge auf Vororgeversicherung nehmen der Magistrat und die Versicherungscommission entgegen, welche auch jede weitere Auskunft auf Wunsch gern erteilen. Es genügt, den vorgeschriebenen Vorstand anzuschreiben das Schriftstück anzulegen. Bei dieser Gelegenheit wird darauf hingewiesen, dass eine in dieser Zeit vielfach gewünschte Versicherung gegen Einbruchdiebstahl ebenfalls bei der Sozialität abgeschlossen werden kann.

Zur Befreiung der Kleinmünzen. Der Reichsmünzrat der Finanzen hat dem Reichsbankrat auf dessen Vorstellen wegen Befreiung der Kleinmünzen den folgenden Bescheid erteilt: Zur Stärkung der Not an kleinen Münzen sind die staatlichen Münzstätten veranlaßt worden, die ihnen erteilten umfangreichen Aufträge zur Prägung von 5- und 10-Pfennig-Münzen mit allen Mitteln zu fördern. Die Schaffung eines 2 1/2-Pfennigstückes konnte bisher nicht ausgeführt werden.

Anfolge durch Streik verurteilt. In Anerkennung ist wird der Verbandsrat vom 19. April bis auf weiteres ganz erhebt eingeschloßt. Am Sonntag und Montag den 20. und 21. April wird der gesamte Verbandsrat auf allen Straßen eingeschloßt, mit wenigen Ausnahmen auf der Straße Wagners-Beck.

Der Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen hat in seiner südlich-holländischen Heimat, dem Regierungsbüro Westfalen, in den 3 Monaten seines Bestehens eine beispiellose Erweiterung angenommen. Die Disposition Halle und Umgebung zählt bereits über 18 000 Mitglieder und konnte schon 12 000 Mt. anteilige Beiträge und außerdem 1000 Mt. zur weiteren Ausgestaltung des Programmes der heimkehrenden Kriegsgefangenen an der deutschen Grenze an die Zentralstelle in Berlin abfahren, wozu noch 15 000 Mt. als Reisekosten und Ausgaben beim Kaiserlichen Botschaftsamt für die Zwecke des Volksbundes zur Verfügung stehen. Außerdem konnte mancher heimgekehrter Kriegsgefangener aus dem englischen Arbeitsbezirk auf seinen Wunsch umgestellt werden. Auch gelang es, manche Anstellung zu vermitteln. Es belegen noch 71 Orte gegen in anderen Kriegsgefangenen, die gleichfalls eine recht erhebliche Anzahl umfassen. Da bei der Mithilfe von mehr als 800 000 Kriegsgefangenen in die Heimat weitere große Aufgaben bevorstehen, ist die Sammlung noch recht vieler neuer Mitglieder erwünscht und an den Vorständen der Ortsgruppen zu erbeten.

An den Vorstand der Ortsgruppe des Volksbundes zum Schutze der Kriegs- und Zivilgefangenen wurden laut Bescheid zur Erneuerung der Mitgliedschaft nachgefordert: Frau Reichmann Wilmshof, Kaufmann Carl Engel und Schneidermeister Seidler. Herr Oppermann übernahm das Amt des 1. Ortsführers.

Verlust von Festgeld wird von den Mitgliedern gemeldet wegen der Schwärzungen und der hohen Kosten der Neubekämpfung sehr unangenehm empfunden. Eine größere Sicherheit für die Zukunft am Bestimmungsort ist dringend erforderlich, das die Mitgliedern verpflichtet worden sind, ihre Anträge durch ein Nachtrag anzugeben. Die Erneuerung ist ebenfalls dringend erforderlich, das die Mitgliedern nicht verschmähen sollten, eine genaue Anschrift auch in das Innere des Geschäftsbesitzes einzulegen.

Die am Samstag in „Wilmshof“ stattgefundenen Gedankensitzung wegen der Schwärzungen war gut besucht. Die Darbietungen: Deklamation, Gesänge der Patria und vor allem das „Weisheit für unsere tot und geladen“ fanden sehr beifällige Aufnahme.

Eingeladener. Am 1. Osterfesttag Vormittag 11 Uhr findet auf hiesigem Marktplatz eine Hofmusik, angeführt vom Musikverein, statt. Spielplan ist folgender: 1. Chorale von Herz, 2. Du vor mir z. Berlin mein weint und lacht von Conrad, 3. Wir, 4. Ich und Maria, Walzer von Strauß, 5. „Großmärtchen“. Kinder für 2 Trompeten von Lange, 6. „Schneeflocke“ (Maleren) von Pirani, 6. Gassenmarsch von Bizet. Bei unangenehmem Wetter findet die Musik nicht statt.

Was kostet jetzt ein Wohnhaus? Diese Frage wurde auf dem Verbandstage der bayerischen Baugenossenschaft in Regensburg gestellt. Das Baureglement unbekannter Baumes kostet jetzt 35 Mt. gegenüber 16 Mt. in Friedenszeiten. Das Baureglement Mauerwerk, das früher auf 22-24 Mt. zu stehen kam, kostet jetzt nunmehr 66 Mt. Der Preis für Zimmerarbeiten, die im Frieden mit 54 Mt. den Kubikmeter kosteten, sind jetzt auf 165 bis 170 Mt. gestiegen. Bei den Verbänden sind die Facharbeiten betrug der Preis früher 50 jetzt 145 Mt. Das sind Preise, die höher liegen. Bei dem Mangel an Holzstoffen und der schwierigen Transportverhältnisse und den hohen Löhnen wird die Erbauung von neuen Häusern nur recht langsam vor sich gehen. Für Haus, das sich vor 40 000 Mt. zu stehen kam, wird nun für 100 000 Mt. stehen.

Die Zimmertemperatur im Frühjahr. Wenn die Frühlingssonne strahlt in unser Fenster scheint, dann werden wir leicht übermäßig und spüren die Fensterluft auf in der Wohnung, es ist schon ganz schön warm und wir können ohne Nachteil für unsere Gesundheit wohlthätig gar im Freien sitzen. Gewiß kann man dies im Vorübergehen auf einer Bank in den Anlagen tun und sich ein Weiden von der Apollonionen lassen, aber im Zimmer bei geöffnetem Fenster zu sitzen, hat viele Unwohlseinheit oft schon zu Kateren, Rheumatismus und Erkrankungen anderer Art geführt. Die Zimmer werden nämlich in der Überhitzung oft übermäßig heiß gehalten. Bei der im Frühjahr häufig wechselnden Lufttemperatur aber erfordert es, wenn es sich um die Wärmequelle zu regulieren, das beide Fenster verriegelt werden. Viele unterlassen das Heizen viel zu früh. Wer nun aus der warmen Frühlingluft in ein kaltes Zimmer zurückkehrt, und die Bewegung

Leipziger Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend

Ausgabenpreis: Die häufigere Kopiersätze 20, Beklebung 30 Pf.
Ausgabenpreise in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzigerstraße 10
bis 10 Uhr morgens 10 Uhr. Sonntags und feiertags
müssen am vorangehenden Tage in unseren Händen sein.
Bezahlung wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag
abends 7 Uhr für den folgenden Tag.



Wortführerlicher Belegpreis: durch unsere Geschäftsstelle 1,00 RM.
von unseren Seiten ins Haus gebracht 1,75 RM und durch den
Briefträger 1,74 RM.

Wortführerliche und monatliche Belege werden außer in der Ge-
schäftsstelle, Leipzigerstraße 10, auch von unseren Seiten und allen
Postämtern angenommen.

Amtesliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

Nr. 47.

Sonntag, den 19. April 1919.

58. Jahrgang.

Die Woche vor dem Fest.

Auch die Karwoche hat noch unter dem Anfluge der Gewölbe und dem Klagen der Schiefmascchen geendet, der Bürgerkrieg, der durch wahrhaftige Ideen entzündet worden ist, tritt in den Straßen deutscher Städte, besonders in München, wieder zu Tage. Die Zustände hatten sich verringert, aber verkommen waren auch sie nicht, und vor allem machten sich die Folgen des durch die Streiks hervorgerufenen Nahrungsmangels in neuer Weisheit der Tage angeht die Feiertage und der Durchfahrt der polnischen Soldaten durch Deutschland doppelt unheimlich bemerkbar. Alle Ermahnungen von Seiten der Reichsregierung haben noch keine nennenswerte Besserung unserer inneren Verhältnisse herbeiführen können, und die auf kommunistische Hegeorien zurückzuführende spezifische Ermordung des tüchtigen Kriegsministers in Dresden zeigt, welchen hohen Grad die Brutalität bei uns erreicht hat. Die Energie beim Weiterarbeiten der immer von neuem aufstrebenden Parteien, so lässlich sie sich genügt nicht, um solche Bestialitäten zu verhindern, die unsere Namen vor der ganzen Welt herabziehen, müssen zureichende Maßnahmen getroffen werden. Die Aufrechterhaltung von härteren Censuren an unruhigen Plätzen kommt uns zu keiner, als der Schaden ist, der uns aus der unangenehmen Entwertung der deutschen Reichsmark erwächst.

Für den Frieden, den wir zu Ostern noch nicht erhalten konnten, sollen nach den Feiertagen die Verhandlungen in Versailles mit den deutschen Delegierten unter Führung des Reichsministers des Innern Grafen Brockdorff-Rantzau beginnen. Die Gegner wollen uns die ungeschwätchten Bedingungen diktieren, und wir werden protestieren. Was als geringe militärische herbeiführen, aber was wir schließlich werden annehmen müssen, wird immer noch so hart bleiben, daß wohl vielen tanzlustigen Weibern die Luft am Springen einzuweilen verweigert werden wird. Denn die neuen Kriegsgesetze werden härter brühen, wie die ersten Strafen. Und daran wird auch der neue Reichsfinanzminister Dethlefs nicht ändern können, der den neuen Vermögensverhältnissen über das notwendige große Sparen zurückgekehrten Steuerminister Schiffer erst hat. Und Spararbeit ist nicht weniger nötig als Steuern.

Wohl der Verteilung des fremden Lebensmittels ist in Großstädten und Industriestädten begonnen, die die effektivste, reichlich und preiswürdig sein werden, ist freilich noch zu beweisen, es wird auch hierbei nicht ohne Enttäuschung abgehen. Weisheitsminister Schmidt hat allerdings in Weimar mit voller Bestimmtheit gesagt, an den hohen Preisen sind wir selbst schuld, das heißt, die Streikruhren, welche die Produktion von Lebensmitteln verhindern, dagegen den Kurs der Markt immer weiter herabdrückt. Es ist sehr bedauerlich, daß vor einem Friedenfecht, wie Ostern es ist, so etwas ausgesprochen werden muß, aber Wahrheit ist uns ebenfalls notwendig. H. O.

Deutscher Wirtschaftskongress.

Die Kammer der Arbeit und das Räte-system.

Mittwoch nachmittag trat der deutsche Wirtschaftskongress in Berlin zu einer Aussprache über das Thema „Die Kammer der Arbeit (Wirtschaftsparlament) und das Räte-system“ zusammen. Der Vorsitzende, Generaldirektor Brämann, führte aus: Der Ausbau eines Reichsverbandes steht unmittelbar bevor. Unsere Produktion ruhe vollständig, und das deutsche Volk gehe einer großen Hungersnot entgegen, wenn nicht rechtzeitig Friedensschritte eintreten. Die Wirtschaftlichen und geschäftlichen Mängelangelegenheiten müssen beseitigt werden. Der noch der einzige Zeit ungeschwätchen Gedanke des Räte-systems müsse vernünftig betrachtet werden.

Dr. Heiler, Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, legte den Standpunkt seiner Behörde in der Frage des Wirtschaftsparlaments dar. Demen, die dem Reichspräsidenten einen direkten Einfluß auf die gesamte Gesetzgebung ausgeüben sollen, mußte gesagt werden, daß die Frage nur durch die politischen Parteien in der Nationalversammlung gelöst werden könne.

Max Cohen-Kneß, der Vorsitzende des Zentralrates, dankte dem Wirtschafts-kongress dafür, daß er eine Plattform geschaffen habe, auf der die verschiedenen Meinungen gegeneinander abgemessen werden können. Man müsse den Wert der folgenreicheren Entscheidungen haben, sonst gebe die deutsche Wirtschaft im rasenden Tempo dem Ende entgegen. Die Regierung habe die Dinge nicht rechtlich erkannt, die Arbeiter der Befreiung der Wirtschaft des Räte-systems in der Verfassung überließe. Es müsse dringend gewarnt werden, den Handarbeiter vom ländlichen Unternehmer zu trennen. Die Trennung sei sehr unangebracht, und die Interessen laufen zu sehr zusammen. Die Landwirtschaft müsse wissen, daß die Lebensnotwendigkeiten des ländlichen Landes im Geleze über das Wirtschaftsparlament verortet werden.

Dr. Bölle, Direktor des Deutschen Techniker-Verbandes, vertret die Meinung der Angestellten. Er wies darauf hin, daß der Kampf um das Wirtschaftsparlament noch unüberwunden sei. Selbstverständlich müsse die Unabhängigkeit und die Entscheidungsfreiheit der Geschäftsleitung in allen anderen Fragen unangeführt bleiben. Das Verhältnis zwischen Betriebsrat und Organisationsrat sei zu regeln, doch die letztere Kollektivverträge abschließen, deren Überwachung der ersten obliege. Man lege auf die Mitarbeit der Unternehmer großen Wert, daher müsse es eine Vereinbarung sein

Verweigerung bedeuten, wenn in den Vertriebsstellen Angehörige und Unternehmer vereinigt würden. Richard Müller, Mitglied des Volkspartei der A. u. S. Mitte von Groß-Berlin: Die Produktion müsse von Arbeitern und Angestellten übernommen werden. Arbeiter seien in den Arbeiterämtern nicht fast vertreten, und das neue Wahlrecht für diese Körperschaft sehe eine noch viel härtere Beteiligung dieser Berufsgruppen vor. Den Unternehmern bringen die Arbeiter nach wie vor das größte Mißtrauen entgegen. Der Entwurf der Regierung zeige keine Spur des neuen Geistes. In die Kammer der Arbeit müßten alle schaffenden Kräfte des Volkes hinein, nur nicht die Vertreter der Wirtschaft. In dem nur, wenn sie sich als schaffende Kräfte in den Dienst des Sozialismus stellen, also in die Reihen der Arbeiter gehen. Der Redner verzichtete im Hinblick auf die vorgeschriebene Zeit auf eine weitere Erweiterung der Wünsche der Unabhängigen.

Alexander Müller, Generaldirektor des Verbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, erklärte, daß seine Organisationen auf dem Boden der wirtschaftlichen Selbstverwaltung und des Räte-systems stehen. Heber dem Wirtschaftsparlament müsse das politische stehen.

Als letzter Redner sprach Direktor Kramer, Vorsitzender des Reichsverbandes für das Düngergewerbe, zu Wort: Er könne keine Arbeiter, sondern nur Mitarbeiter sein, und es sei unannehmlich, daß der Unternehmer jetzt von seinen Mitarbeitern mit einem Fußtritt in die Erde getreten werde. Das Räte-system ist nicht zu verwerten, wohl aber der Wirtschaftsparlament.



mutungen die öffentliche Meinung in Deutschland übertragen könne. Der angelegte Anhalt der Bestimmungen steht zu sehr im Widerspruch mit den Grundgedanken, die Präsident Wilson als Unterlagen für den Friedensschluß beibringt hat, und die von beiden Kriegsparteien im November 1918 angenommen worden sind. Auf die weitere Frage: „Nimmt die deutsche Regierung wegen des Hatten Scheiterns die gleiche Stellung ein wie wegen der Saar?“ lautet die Antwort: „Eine Entlassung Deutschlands an seiner Rheingrenze würde vorteilhaft sein, wenn sie auf Gegenseitigkeit beruht.“ Unentschieden ist aber ein Streitiges heute und es verhängt sich ein Streitreich hinsichtlich der Brückentöpfe und Eisenbahnnotenpunkte der Rheinlande. Die deutsche Regierung hält jedenfalls an der Notwendigkeit fest, daß mit Abschluß des Friedens der Grund für die Befreiung deutschen Gebietes durch feindliche Truppen wegfällt.

Ich werde einen Friedensvertrag, der diese Bestimmungen enthält, niemals unterschreiben.

Ich weiß, daß ich damit nur die Auffassung der ganzen gegenwärtigen Regierung vertritt. Ich bin aber auch überzeugt, daß selbst wenn die Delegierten zur Interdiktur geneigt wären, die Deutsche Nationalversammlung den Friedensvertrag ablehnen würde. Selbstverständlich hat Frankreich einen Anspruch auf Schadenersatz für seine verübten Verbrechen: Deutschland ist bereit und fähig, diesen Schadenersatz zu leisten. Wenn anstelle von Machtvollkommen erfahrenen Geschäftslente diese Frage zu regeln hätten, so würden sie einen Weg finden, der Frankreich höher zu einem hübschen Erfolg verhelfen und dabei zu einer Annäherung statt zu einer dauernden Entfremdung der beiden Völker führen würde. Wir sind bereit, den französischen Friedensbedingten entsprechende Vor-

schläge zu machen, und wir hoffen, daß sich bei den Verhandlungen das Mißtrauen zerstreuen läßt, das der Entente bisher ihre unabweislichen und vom Standpunkt einer höheren politischen Warte aus, nicht zu rechtfertigenden Zumutungen eingezogen hat.

Die Entschädigung über Schleswig. Wie der diplomatische Situationsbericht der französischen offiziellen Telegrammagentur besagt, wurde im Biereratz das Schleswig Problem entsprechend den Beschlüssen des Territorialausschusses endgültig geregelt. Die Bewohner Schleswigs werden über ihre künftige Zugehörigkeit entscheiden. Die Volksabstimmung wird im Herbst in Schleswig im ganzen, in Mittel-Schleswig nach dem Bestehen der Bedingungen, um eine unparteiische Befragung zu ermöglichen.

Nach weiteren Pariser Berichten sollen die betreffenden Gebiete Schleswigs während der Abstimung von Truppen der Alliierten besetzt und von einer internationalen Kommission verwaltet werden. Die Verantwortlichkeiten der Abstimung seien von den Alliierten in Übereinstimmung mit den Berichten der Einwohnerschaft dieser Gebiete festgesetzt worden.

Der Aufmarsch gegen München.

Die „Bayerische Volkseigenung“ in Nürnberg meldet, daß gegen München alle verfügbaren Truppen, vor allem aus Ingolstadt und Regensburg, und auch die nordbayerischen Garnisonen in Bewegung gesetzt würden. Der Angriff soll von Dachau aus beginnen, dort sollen den Regierungstruppen 500 Soldaten und 10.000 bewaffnete Arbeiter gegenüberstehen. Ferner seien bereits verschiedene Truppen zum Abmarsch nach Bamberg bereit. Die Bayerische Garde aus Mauthausen, die Schützen der Strecke Ingolstadt-München aufgerufen, die Münchener Marschschützenbrigade, Landauer, Wadler sind in das Justizhaus Erach bei Bamberg gebracht worden, ebenso Sauber und Hagemeyer.

Nach einem Telegramm aus Bamberg hat der Bormarsch des Freikorps Epp vom Lager Ohrdruf bei Gorb gegen München bereits begonnen. Die zwei vereinigten Regierungstruppen sind sämtlich mit modernen Kampfmitteln versehen; sie stehen unter dem Kommando eines bayerischen Generals.

Einen weiteren Telegramm aus Bamberg zufolge haben die Spezialtruppen von München vom Hauptbahnhof aus einen Ring gezogen, der sich bis zu den Bahnhöfen Bahnanlagen und zum Hauptbahnhof hinzieht; sie haben die Katernen, die öffentlichen Gebäude und das Kapuziner Kloster armiert und auf den Franziskanern einen Beobachterstand mit drahtloser Telefunkenstation eingerichtet.

Die Regierungstruppen folgten am Mittwoch mit 1200 um Verhärkung an der Bahnlinie gegen Eisingen. Beide Parteien halten aber Fühlung miteinander. Artillerie und Minenwerfer traten nur selten in Aktion. Die Besetzung des Münchener Polizeipalastes zur Arbeiterwehr und die Entlassung der Bürgerwehr wird wiederholt betrieben.

Die Regierung hat in Bamberg beschlossene, die Regierung zu ermächtigen, alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um Truppen zur Niederwerfung der Spartakisten anzuwerben und herausziehen, woher auch immer es möglich sei.

Ein Ultimatum nach Hofen.

Unter der erlogenen Weisung, daß die Polen diesseits der Demarkationslinie sofort befreit werden, nicht Polnisch sprechen dürfen usw., hat der Oberste Polnische Volksrat in Polen, wie er der preussischen Regierung telegraphisch mitgeteilt hat, folgende Bedingungen für die Freilassung der in der Demarkationslinie gefangen genommenen Soldaten, den Kommandanten Stiller, den Justizrat Weißer, den Regierungsrat Schumann, den Bürgermeister Heßling, den Kreispräsidenten der Anstaltungskommission Wolf, den Fabrikbesitzer Paulus, den Großhändler Franz Welsch, den Leutnant Robert Klein, den Hauptmann Hans Müller, den Hauptmann Gumbel, den Kriegsratstabarzt Harry Jordan, den Bauer Sühlich, den Hauptmann Seitz, den Provinzialverwaltungsrat Götz Kalkowski und den Direktor Mihalowski. Weitere Verhandlungen und Internierungen wurden in Aussicht gestellt.

Die preussische Regierung hat in einem Fundbrief nach Polen die Forderungen als jeder Grundlage entbehrend zurückgewiesen und betont, daß sie trotz Abbruchs der Verhandlungen in Polen auch heute noch bereit sei, der vollen Öffentlichkeit über Internierungen und Gefangenensfragen zu verhandeln, sie verlange aber bis zum 17. April abends 7 Uhr verbindliche Erklärungen über Freilassung der im polnischen Generalstab befindlichen deutschen Geiseln, andernfalls würde sie schärfste Gegenmaßregeln ergreifen.

Die Lage im Reich.

Braunschweig von Regierungstruppen besetzt. Das Landesgendarmeriekorps ist Donnerstag vormittag von Helmstedt anrückend, unter dem Jubel der Bevölkerung in Braunschweig einmarschiert. Es kam bisher zu keinen Zusammenstößen, die Stadt ist völlig ruhig. Der Generalfreik ist beendet.